

Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates

Sitzungsdatum:	Montag, den 16.12.2024
Beginn:	18:30 Uhr
Ende	21:20 Uhr
Ort, Raum:	06311 Helbra, Mittelstraße 10, Schulungsraum Feuerwehr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Gerd Wyszkowski

Mitglieder

Herr Norbert Born
Herr Robin Lucas Eddebüttel
Herr Bernhard Fleischer
Herr Matthias Jentsch
Herr Walter Kampa
Herr Matthias Klenner
Herr Steffen Leder
Herr Frank Ochsner
Herr Karsten Patz
Herr Michael Probst
Herr Toni Schneider
Herr René Sommer
Herr Uwe Tempelhof
Frau Cornelia Wakan
Herr Gunter Wakan
Herr Uwe Wischalla
Frau Claudia Wyszkowski
Frau Steffi Ziervogel-Sommer

Verwaltungsbedienstete

Herr Dennis Amey
Frau Stephanie Drescher
Herr Lars Hesse
Frau Sabine Rathmann
Herr Personalrat Uwe Reiche

Gäste

Herr Jürgen Colawo

Abwesend:

Mitglieder

Herr Gerhard Blume
Herr Lars Rose
Herr Ralf Timm
Herr Andreas Zinke

Verwaltungsbedienstete

Frau Sophie Haufe
Frau Yvonne Regner
Frau Claudia Renner

Gäste

Herr Hans Günter Smolka
Herr André Strobach

Protokoll:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Der **Vorsitzende** eröffnete die Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßte alle anwesenden Verbandsgemeinderäte, sowie den anwesenden Einwohner, die Presse und Mitarbeiter der Verwaltung.

Die Sitzungsunterlagen gingen allen Verbandsgemeinderäten fristgerecht zu. Mit 19 von 23 anwesenden Verbandsgemeinderäten war der Verbandsgemeinderat beschlussfähig.

zu 2 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

zu 3 **Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Verbandsgemeinderates 15.10.24**

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung wurden nicht geltend gemacht.

Die Niederschrift ist somit genehmigt.

Anmerkung von Herr Jentsch:

- Die Niederschriften sollten zukünftig kürzer gefasst werden. Sie sollen weniger Zitate enthalten. Ergebnisse zu den Beschlüssen und wichtige Wortmeldungen sind aufzunehmen.

zu 4 **Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse**

Herr Born berichtete wie folgt über den Bearbeitungsstand der Beschlüsse und Festlegungen der letzten Sitzung:

Sitzung vom 15.10.24

Öffentlicher Teil:

Erarbeitung und Einreichung der Antragsunterlagen Strukturwandelprojekt Geothermie mit externer Unterstützung

Vorlage: VBG/BV/380/2024

Beschlussvorschlag wurde abgelehnt.

Annahme einer Sachspende

Vorlage: VBG/BV/028/2024

Annahme einer Sachspende zweckgebunden für die Ortsfeuerwehr Klostermansfeld.

Beschluss wurde gefasst.

Absichtserklärung zum Weiterbetrieb Bad Neptun

Vorlage: VBG/BV/021/2024

Der Verbandsgemeinderat beschließt, den Weiterbetrieb des Neptunbades für den Zeitraum der Zweckbindungsfrist von 5 Jahren ab Ende der Sanierungsmaßnahme.

Beschluss wurde gefasst.

Grundsatzbeschluss: Fortführung der Planung und Festlegung der Bauweise für ein neues Nebengebäude an Grundschule Klostermansfeld

Vorlage: VBG/BV/025/2024

Beschluss wurde gefasst.

Grundsatzbeschluss: Fortführung der Planung und Festlegung der Bauweise für ein neues Nebengebäude an Grundschule Ahlsdorf

Vorlage: VBG/BV/026/2024

Beschluss wurde gefasst.

Zweckvereinbarung Kupferspuren-Radweg

Vorlage: VBG/BV/029/2024

Beschluss wurde gefasst.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Arbeitsgruppe "Kommunale Wärmeplanung"

Vorlage: VBG/BV/030/2024

Beschluss wurde gefasst.

Grundsatzentscheidung zur Durchführung der Maßnahme "Minimierung Klimafolgen durch Geschossreduzierung Gebäude KITA Blankenheim

Vorlage: VBG/BV/031/2024

Beschlussvorschlag wurde an den Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss VBG zur Vorbereitung verwiesen.

Haushaltsplanung 2025

Vorlage: VBG/MV/024/2024

Von der MV wurde Kenntnis genommen.

Nichtöffentlicher Teil:

Personalangelegenheit

Mitarbeiter SB Klimaschutz

Vorlage: VBG/BV/018/2024

Beschluss wurde gefasst.

Personalangelegenheit

Aussagegenehmigung Verbandsgemeindebürgermeister

Vorlage: VBG/BV/027/2024

Beschluss wurde gefasst.

zu 5 Bekanntgabe von Mitteilungen

Mitteilungen, Anfragen oder Anregungen lagen vor.

Von den Anwesenden wurden folgende Sachverhalte angesprochen:

Herr Born

1. SEG Jahresdialog

Die SEG schlug den 16.01.2025, als Termin für einen Jahresdialog mit den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden vor.

2. Auszeichnung Landesschulwettbewerb der LENA und des Ministeriums für Wissenschaft, Umwelt, Energie

Die Grundschule Klostermansfeld erhielt ein Preisgeld in Höhe von 3.000,00 €.

3. Kreisumlage

Informiert wurde zu den Beschlüssen im Kreistag und Kreisausschuss bezüglich der Hebesätze.

4. Jugendparlament

Es gab einen Fachaustausch zum Thema Jugendparlament, beim LK MSH. Der Bürgermeister und die Jugendkoordinatorin Frau Naumann haben teilgenommen. Hierzu wird in der nächsten Bürgermeisterrunde informiert.

5. Antrag auf Abstimmung zur Hauptsatzung und Abstimmung zur Geschäftsordnung

Die Fraktion Feuerwehr stellte 2 Anträge (vom 18.11.24) zur Änderung der Hauptsatzung und Änderung der Geschäftsordnung. Hierzu soll im nächsten Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss und VGBR abgestimmt werden.

6. Arbeitszeitverlagerung / Öffnungszeiten

Um bürgerfreundliche Öffnungszeiten zu gestalten, muss eine Arbeitszeitverlagerung in Betracht gezogen werden, was eine Änderung in der Dienstvereinbarung voraussetzt. Personal muss in den Einzelbereichen vorhanden sein. Dieses Thema sollte im Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss besprochen werden. Auf Wünsche könnte dort eingegangen werden und auch Vorschläge können eingebracht werden.

7. Schreiben der Landesregierung

Das Schreiben (Klagen zu Umlagen) der Landesregierung wird allen BMs' und Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung gestellt.

8. Schulentwicklungsplan

Bei der letzten Kreistagssitzung wurde zum Schulentwicklungsplan beraten, hinsichtlich der Verringerung von Schulstandorten. Um den Bestand zu bewahren, hat der Landkreis für 2025/26 in seinem Schulentwicklungskonzept einige Schulbezirke angepasst.

Herr Leder wollte wissen, in wie weit sich dies auf die Schüler der Orte Bornstedt, Wolferode und Schmalzerode auswirken. **Herr Born** antwortete, es betrifft hier die Sekundarschulen.

Herr Hesse

9. Kreistagssitzung

Er erwähnte, zur Kreistagssitzung am 11.12.24 wurde der Anbau der GS AHL priorisiert und der Anbau der GS von Klostermansfeld kam auf Platz 9.

10. Wärmeplanung

Herr Hesse erinnerte, an die finale Benennung der Vertreter in der AG Wärmeplanung. Eine Beratung ist für den 5.2.25 geplant.

11. Klausurtagung VBG am 10.01.2025

Der 10.01.2025 ab 13 Uhr, wurde als Termin für die Klausurtagung zum Haushalt 2025 vorgeschlagen. Bitte um Rückmeldungen zum Haushalt 2025. Die Einladung wird zeitnah versendet.

12. Programm Einwohnermeldeamt

Herr Hesse sprach das digitale Programm zur Terminvergabe im Einwohnermeldeamt an, was ca. 8.000,00 € kosten wird und im Haushalt für 2025 einzuplanen ist.

Herr Wakan

13. Sekundarschule Benndorf

Er erwähnte, dass die Schülerzahl der Sekundarschule in Benndorf stabil ist und die Schule gut ausgelastet sei.

zu 6 Einwohnerfragestunde

Anfragen des anwesenden Einwohners und schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 7 Bericht aus den Zweckverbänden Wasser und Abwasser

Wasserverband "Südharz"

Herr Born informierte in Vertretung für Frau Renner:
Verbandsversammlung am 13.12.2024 (Sangerhausen)

Seit der letzten Verbandsgemeinderatssitzung haben beim Wasserverband insgesamt 3 Verbandsversammlungen und 2 interne Arbeitsgespräche stattgefunden.

Hauptsächlich standen dabei die Trink- und Abwasserkalkulationen und der Wirtschaftsplan 2025 sowie eine Ermächtigung zur Kreditaufnahme in Höhe von 31 Mill. EUR auf den Tagesordnungen.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurde noch nichts davon beschlossen. Ursächlich sind vor allem die Gebührenentwicklungen, welche sich unter anderen aufgrund der erheblichen bereits erfolgten, aber auch noch bis 2033 geplanten Baumaßnahmen erhöhen werden. Die Verbandsversammlung hat daher die Geschäftsführung aufgefordert, nach Einsparpotentialen zu suchen.

Die Kreditaufnahme konnte in Höhe von 31 Mill. nicht beschlossen werden, da diese nicht vollumfänglich zum jetzigen Zeitpunkt benötigt wird, wie sich im Verlauf der Beratungen herausstellte. Teilweise waren Aufträge aus der Kreditermächtigung aus dem Jahr 2023 noch nicht ausgelöst, sodass eine Neueinplanung in den Wirtschaftsplan 2025 gefordert wurde. Nach jetzigem Stand wird ein Kredit in Höhe von 4 Mill. benötigt, die Geschäftsführerin wurde beauftragt hierfür Angebote einzuholen.

In der Verbandsversammlung vom 13.12. wurde seitens des Wasserverbandes ein neuer Zeitplan für sämtliche noch offene Maßnahmen im Bereich Trink- und Abwasser vorgestellt. Nach Einschätzung der Mitarbeiter war der bisherige Zeitplan nicht haltbar. Dies hat auch Auswirkungen auf die Gemeinde Blankenheim. Hier wurde eine Verschiebung des Baubeginns um 2 Jahre angekündigt.

Eine Anpassung der Stimmverhältnisse an die Einwohner wurde aufgrund der Gegenstimmen aus Sangerhausen (derzeit 50% Stimmen) abgelehnt. Hier bleibt ggf. ein Widerspruch abzuwarten, ansonsten müssten die jeweiligen Verbandsmitglieder ggf. einen Kommunalverfassungsverstreit anstreben.

Wasserverband Wipper-Schlenze

Herr Born informierte in Vertretung für Herrn Smolka:

Arbeitsberatung am 14.11.24

Themen waren:

- die Übernahme der Niederschlagswasserentsorgung für die Gemeinde Gerbstedt
- eine Potentialanalyse des Verbandes in Bezug auf eine bevorstehende Änderung der kommunalen Abwasserrichtlinie

Verbandsversammlung am 14.12.2024

Themen waren:

- Übernahme der Niederschlagswasserentsorgung Gerbstedt, Satzung und Vertrag beschließen
- Bestätigung Jahresabschluss 2023, positives Ergebnis ca. 220,-T€
- Haushalt 2025 schließt in der Planung mit einem kleinen Plus von ca. 35,- T€ ab, keine Umlagen an Gemeinden - wurde bestätigt.
- Auch die Potentialanalyse ist in der Planung enthalten. Hier geht es auch um Untersuchungen die der Verbesserung der Auslastung der KA in Freist, Biesenrode und Klostermansfeld (z.Z. ca. 50%) sowie der Verbesserung der energetischen Belastung dienen sollen. Dabei sollen auch Teilstilllegungen bzw. Überleitungen geprüft werden.

Beschlüsse zu einzelnen Projekten wurden jedoch bisher nicht gefasst.

UHV Wipper Weida

Herr Wyszkowski berichtete von der letzten Verbandsversammlung am 03.12.24:

Themen waren:

- Kostensteigerung in Höhe von ca. 84 Cent
- Vorbereitung der Wahlen
- Einnahmen und Ausgaben 2025

AZV Süßer See

Herr Wyszkowski berichtete von der letzten Verbandsversammlung am 02.12.24:

Themen waren:

- Geschäftsordnung des AZV „Eisleben-Süßer See“ (Beschlussvorlage)
- Übertragung von Auszahlungsermächtigungen für Investitionsmaßnahmen des AZV " Eisleben-Süßer See" (Beschlussvorlage)
- Lesung und Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2025 des AZV „Eisleben-Süßer See“ (Beschlussvorlage)
- Vergabe der Prüfung der Jahresabschlüsse 2024,2025 und 2026 des AZV „Eisleben-Süßer See“ (Beschlussvorlage)
- Vergabe der Kanalbaumaßnahme in Luth. Eisleben OT Helfta, Luisenstraße (Beschlussvorlage)
- Darlehensaufnahme (Beschlussvorlage)

Herr Ochsner sprach zum AZV Wipper Schlenze folgende Sachverhalte an:

- Potentialanalyse
- Klostermansfeld Kläranlage

zu 8 Bericht zu den Aktivitäten im Bereich Energiepark

Herr Born informierte:

3 Termine haben stattgefunden:

1. 14. Besprechung des Lenkungsbeirates
2. Revierausschuss am 05.12.24 in digitaler Form
3. Netzwerktreffen

Am 10.12.2024 fand das Netzwerktreffen Green Power MSH2 statt. Die Unterzeichnung der Netzwerkvereinbarung durch die Mitglieder des Netzwerks wurde vorgenommen.

Dank an Harald Henke, als Initiator des Netzwerks und ehem. Klimaschutzmanager der VBG - Mansfelder Grund-Helbra, für seine engagierte Mitarbeit. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum Energiepark in Helbra wurden vorgestellt.

4. Biogenes Energiezentrum der BWB

Weiter erwähnte er, die positive Beurteilung und den Eingang der Antragsunterlagen zum Biogenen Energiezentrum der BWB Benndorf.

Herr Hesse informierte:

5. MDSE Beratung

Am 11.12.24 fand in der Verwaltung mit MDSE - Mitteldeutsche Sanierungs- & Entsorgungsgesellschaft mbH eine Beratung. Das Unternehmen will in das Netzwerk Green Power MSH einsteigen.

Herr Ochsner fragte nach:

6. Windkraftanlagen

Er fragte nach, wie der Stand zu den WKA auf den Seidelschacht sei? Es gab Proteste.

Herr Hesse sagte, dass ein Repowering im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben vorgesehen ist. Die Gemeinden werden darüber informiert.

zu 9 Bericht aus den Ausschüssen

Herr Born bat um kurze Ausführungen aus den Ausschüssen BKSS und OSB.

Bericht aus dem BKSSA VBG

Frau Wyszowski

Der BKSSA VBG tagte am 20.11.24, in der Grundschule Klostermansfeld.

Themen:

- Kommunalanzeiger (Reduzierung der Auflage, Auslagepunkte)
- Entwicklung Betreuungskosten für Kita und Hort

Zum Abschluss fand mit allen Beteiligten eine Begehung der Grundschule Klostermansfeld statt.

Bericht aus dem OSBA VBG

Frau Wakan

Der OSBA VBG wird am 05.02.25, in der Feuerwehr Helbra tagen.

**zu 10 Grundsatzentscheidung zur Durchführung der Maßnahme "Minimierung Klimafolgen durch Geschossreduzierung Gebäude KITA Blankenheim
Vorlage: VBG/BV/031/2024**

Ausführungen und Diskussion:

Zu Beginn der Beschlussvorlage legte die AfD Fraktion einen Antrag vor. **Herr Wakan** verlas diesen Antrag (Anlage zur Niederschrift). Die Übertragung der MZH Blankenheim soll an die Gemeinde erfolgen und dann erst sollte der Grundsatzbeschluss BV 031/22024 gefasst werden.

Herr Born gab zu bedenken, falls die Beschlussvorlage zurückgestellt werden sollte, dann sind alle Dinge dieser Angelegenheit die bisher gelaufen sind, hinfällig. Auch die nötigen Fördermittel wären dann betroffen. Eine Rückgabe der MZH BLA dauert und bewirkt eine erhebliche zeitliche Verschiebung der Baumaßnahmen. Die KITA von der MZH Blankenheim abhängig zu machen, empfand er als sehr fraglich.

Herr Kampa wird dem AfD Antrag nicht folgen. Die MZH soll zurück an die Gemeinde gehen und die Sanierung der Kita nur im Gegenzug ermöglicht werden, es klang für ihn wie Erpressung. Wenn keine Rückgabe, dann keine Sanierung. Die Rückgabe hat nichts mit der Sanierung zu tun, seiner Meinung nach.

Herr Hesse sagte, der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss hat dem Verbandsgemeinderat die Beschlussfassung empfohlen. Ein Fördermittelantrag im Rahmen der Bundeszuweisung für Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen wurde bereits gestellt. Der Bund trägt 90 % der Kosten, jedoch maximal 500.000 €. Die restlichen Kosten wären als Eigenanteil von der Verbandsgemeinde

zu finanzieren. Darüber hinaus soll das Projekt im Rahmen des Strukturwandels beim Landkreis Mansfeld-Südharz angemeldet werden. Der neue Haushaltsplan für 2025 wird derzeit erstellt. Mit dieser Beschlussvorlage soll das weitere Vorgehen für die Sanierung beraten werden. Die Verwaltung soll beauftragt werden, entsprechende Haushaltsmittel einzuplanen und Fördermittel zu generieren.

Herr Wakan sagte, der Haushaltsplan fehlt, demnach gibt es auch keine finanzielle Grundlage.

Herr Klenner wird der Beschlussfassung nicht zustimmen, ihm fehlte auch ein Haushaltsplan. Er schlug vor, die Fraktionsvorsitzenden beraten 5 Minuten über einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Jentsch wollte wissen, welchen Status die VBG derzeit hat.

Frau Drescher antwortete, wir befinden uns in der vorläufigen Haushaltsführung bis zum Erlass einer neuen Haushaltssatzung 2025, unabwendbare, zwingend erforderliche Maßnahmen werden ausgeführt.

Herr Tempelhof erwähnte den Weiterbetrieb des Bad Neptun und den dringend notwendigen Haushaltsbeschluss.

Herr Hesse nannte den § 102 im KVG (Erlass der Haushaltssatzung) und erläuterte kurz dazu.

Herr Leder informierte über die nächste Gemeinderatsitzung am 13.01.2025 in Blankenheim.

Herr Ochsner brachte den Vorschlag, mit dem Fördermittelgeber Kontakt aufzunehmen.

- **Unterbrechung der Sitzung für eine Beratung der Fraktionsvorsitzenden.**
19:26 Uhr bis 19:29 Uhr

Nach der kurzen Beratung der Fraktionsvorsitzenden, wurde der heutige Antrag der AfD-Fraktion wieder abgesetzt. Die CDU-Fraktion legte nun einen Änderungsantrag vor (Anlage zur Niederschrift).

Antrag der CDU Fraktion (Anlage zur Niederschrift) zum Beschlusstext.

hinter Land ergänzen:

- **sowie einem genehmigten Haushalt,**

Dem Vorschlag wurde durch die Gemeinderäte zugestimmt.

Der Vorsitzende fragte zur Variante nach.

Herr Hesse erklärte dazu, die Variante 1.1 wurde im Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss mit rund 843.000,00 €, bei einem Eigenanteil von 84.300,00 € befürwortet.

Herr Tempelhof fragte nach, ob die PV-Anlage auch separat angeboten werden kann. **Herr Hesse** bejahte und sagte, in der nächsten Bürgermeisterrunde wird dazu informiert.

Abschließend las **Herr Klenner** den geänderten Beschlussvorschlag vor.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht. Nachfolgender geänderter Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Geänderter Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beschließt, vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln durch den Bund oder das Land, sowie einem genehmigten Haushalt, die Variante 1.1 mit einer Grobkostenschätzung in Höhe von 843.000,00 Euro zu realisieren. Die Eigenmittel in Höhe von maximal 343.000,00 Euro sind in die entsprechenden Haushaltsplanungen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:19
dafür	:19
dagegen	:0
Enthaltung	:0
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 11 **Annahme einer Geldspende** Vorlage: VBG/BV/032/2024

Ausführungen und Diskussion:

Herr Amey erläuterte kurz, zweckgebunden für die Ortsfeuerwehr Helbra, wurden **810,00 €** zur Beschaffung von 26 Sweatjacken für die Einsatzabteilung gespendet.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand nicht. Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beschließt die Annahme einer Geldspende durch die Firma E-Service Heier, Heinrichstraße 20, 06311 Helbra in Höhe von 810,00 EUR zweckgebunden für die Ortsfeuerwehr Helbra.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:19
dafür	:19
dagegen	:0
Enthaltung	:0
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 12 **Ermächtigung zur Darlehensaufnahme** Vorlage: VBG/BV/037/2024

Ausführungen und Diskussion:

Frau Drescher erläuterte zur Beschlussvorlage. Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss hat dem Verbandsgemeinderat die Beschlussfassung empfohlen. Für die Entscheidung über die Aufnahme von Krediten ist gem. KVG LSA der Verbandsgemeinderat zuständig. Bei der Aufnahme ist der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Der zu zahlende Zinssatz (5,00% p.a.) ist nicht zu überschreiten. Aufgrund dieses Haushaltsgrundsatzes sind deshalb vor jeder Darlehensaufnahme, Angebote verschiedener Kreditgeber einzuholen. Die Angebote der Kreditinstitute sind nur kurz gültig.

Herr Klenner empfand den Zinssatz zu hoch und die Laufzeit zu lang, es besteht keine Not es zeitnah abzuschließen. **Frau Drescher** erläuterte, die Aufnahme muss noch 2024 erfolgen.

Herr Ochsner wird nicht zustimmen, sagte er. Die geplante Klausurtagung wurde nicht abgesagt. Weiter bezog er sich auf den § 100 KVG LSA (Haushaltssatzung). Mittlerweile befinden wir uns 12

Monate in der vorläufigen Haushaltsführung, erwähnte er. Fraglich ob eine Kreditaufnahme notwendig wird.

Frau Drescher antwortete, aufgrund der Umlagen, Aufwendungen, Kitagebühren und ähnlicher Ausgaben stehen wir derzeit mit 1 Million Euro im Minus.

Herr Wischalla schlug vor, die Laufzeit von 20 Jahren auf 10 Jahre zu verkürzen. Erheblich fand er die massive Zinsaufwendung. **Frau Drescher** gab zu bedenken, bei 10 Jahren Laufzeit, entsteht eine höhere Belastung der künftigen Haushaltsjahre, die die Verbandsgemeinde aufgrund der finanziellen Situation nicht decken kann.

Herr Born sagte, der 05.11.2024 war ein Vorschlag für eine Klausurtagung, da es nicht zur Einladung kam, musste auch keine Absage erfolgen. Weiter bedauerte er es, keinen Haushalt für das Jahr 2024 zu haben.

Herr Jentsch wollte wissen, was passiert würde, falls es heute nicht zur Beschlussfassung kommen würde.

Frau Drescher antwortete, die Ermächtigung muss in diesem Jahr (2024) erfolgen, da diese nur bis zum Erlass der übernächsten Haushaltssatzung weiter gilt.

Antrag der AfD Fraktion (Anlage zur Niederschrift) zum Beschlusstext.

- Laufzeit von 20 Jahre auf 10 Jahre reduzieren
- Zinssatz darf 4 % p. a. nicht übersteigen

Abstimmungsergebnis zum Vorschlag:

Anwesend:	Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	16	0	3

Dem Vorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht. Nachfolgender geänderter Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Geänderter Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beschließt, die Verwaltung zu ermächtigen, unter Berücksichtigung des § 108 in Verbindung mit § 99 Abs. 5 KVG LSA im Rahmen der Kreditermächtigung 2023 in Höhe von 231.000 EUR langfristige Investitionsdarlehen mit folgenden Ausstattungsmerkmalen aufzunehmen:

<i>Nominalbetrag:</i>	<i>231.000 EUR</i>
<i>Aufnahmezeitpunkt:</i>	<i>spätestens bis zum 19.12.2024</i>
<i>Laufzeit:</i>	<i>10 Jahre</i>
<i>Zinsbindung:</i>	<i>10 Jahre</i>

Der zu zahlende Zinssatz darf dabei 4,00% p.a. nicht überschreiten.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:19
dafür	:17
dagegen	:1
Enthaltung	:1
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 13 **Antrag der AfD-Fraktion - Umzug des Schulhorts in die Grundschule Helbra**
Vorlage: VBG/BV/043/2024

Ausführungen und Diskussion:

Herr Wakan machte Ausführungen zur Beschlussvorlage. Er vertrat die Meinung, Grundschule und Schulhort gehören in einem Objekt zusammengefasst. Die Attraktivität des Grundschulstandortes Helbra würde sich erhöhen und der Energiebedarf sowie die Betriebskosten können gesenkt werden.

Herr Born brachte zum Ausdruck, dass er die Hoffnung hatte, dass der Antrag zurückgezogen wird. Er begründete dies mit den örtlichen Gegebenheiten und der Aufgabentrennung von Schule und Hortbetreuung. Gesetzlich wäre es möglich, aber organisatorisch und logistisch in Helbra kaum machbar. Außerdem hat das DRK in Helbra Fördermittel für das genutzte Gebäude bekommen und ist somit an die Nutzung gebunden.

Herr Wakan war der Meinung, Risiken und Fakten gegenüberzustellen. Weiter hatte er Bedenken, was in absehbarer Zeit auf uns zukommen kann und eventuell Schule und Träger in einen Prozess eingebracht werden.

Herr Kampa schloss sich der Meinung von Herrn Born an. Der Hort kann und will derzeit nicht aus dem Objekt heraus.

Herr Born betonte nochmals, dass die gleichzeitige Nutzung von Räumlichkeiten als Unterrichts- und Hortraum aus schulorganisatorischer Sicht nicht möglich ist. Es müssten separate Räume für die Hortbetreuung vorhanden sein.

Herr Hesse erwähnte auch, die Zweckbindungen bei Fördermitteln bezüglich der Objekte. Diese Thematik könnte der BKSSA VBG geprüft werden.

Herr Patz war der Meinung, man sollte sich nicht erpressbar machen lassen.

Auch **Herr Ochsner** sprach nochmals zu Fördermittelbindung, Vertrag mit dem DRK und brachte die beispielgebende Maßnahme in Klostermansfeld an.

Frau Wakan brachte aus eigener Erfahrung, das Beispiel mit Ihrem Sohn an.

Herr Wischalla sagte, dass wir wissen wie es nicht geht, aber an der Stelle ist jetzt eine Gegenüberstellung der Fakten gewollt.

Herr Wakan sprach nochmal die Energieeinsparung und Auslastung der Gebäude an.

Herr Ochsner war der Meinung, dieses Thema im BKSSA VBG zu besprechen. Es sollte auch geklärt werden, was Ganztagsbetreuung bedeutet. Über die Verträge mit den Trägern, sollte in diesem Gremium gesprochen werden, sagte er abschließend.

Herr Born verwies auch auf die Zuständigkeit unterschiedlicher Ministerien für Schule und Hort und die sich daraus ergebenden Probleme bei der Nutzung geförderter Objekte. Eine Beratung im Ausschuss BKSS wird empfohlen.

Beratungsergebnis:

Diskussions- bzw. Informationsbedarf bestand weiter nicht. Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Beschluss:

Der Verbandsgemeinderat beschließt, den vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion:

1. den Schulhort von Helbra, Ziegelröder Straße auf das Gelände bzw. in die Gebäude der Grundschule Helbra, Schulstraße zu integrieren.
2. die Verwaltung zu beauftragen, verschiedene Konzeptansätze zu erarbeiten, die Machbarkeit zu bewerten und deren Kosten und Risiken schriftlich gegenüberzustellen.
3. den aktuellen Träger des Schulhortes und die Direktorin der Grundschule Helbra in den Lösungsfindungsprozess einzubeziehen.

an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Sport der Verbandsgemeinde zur Vorberatung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:

anwesend	:19
dafür	:14
dagegen	:2
Enthaltung	:3
Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA	:0

zu 14 Anfragen und Anregungen

Mitteilungen, Anfragen oder Anregungen lagen vor.

Von den Anwesenden wurden folgende Sachverhalte angesprochen:

Herr Jentsch

1. Ratsunterlagen Digital / Papier

Es wurde nachgefragt, warum Ratsunterlagen in Digital- und in Papierform zugesendet werden.

Nachtägliche Erläuterung der Verwaltung:

Über die Weitergeltung der bisherigen Geschäftsordnung vom 19.09.2019 wurde mit Beschluss (VBG/BV/016/2024) vom 29.08.24 entschieden.

Im § 1 der Geschäftsordnung der VBG ist die Form der Einladung geregelt und im § 2 Abs. 2 a die Teilnahme an der digitalen Ratsarbeit. Die gültige Geschäftsordnung ist auf unserer Homepage einsehbar.

Unterschiedliche Versendung entsteht, wenn jemand in unterschiedlichen Gremien tätig ist und sich bei dem einen für digital und bei dem anderen für die Papierform entschieden hat.

Herr Kampa

2. Öffnungszeiten der Verwaltung

Er fasste zusammen, der Wille ist da um die Öffnungszeiten der Verwaltung bürgerfreundlicher zu gestalten. Man sollte eine Testphase dazu durchführen und dann sehen, wie die Erweiterung von den Bürgern angenommen wird. Es gibt auch Programme zur Unterstützung der Terminierung, sagte er abschließend.

Herr Born war der Meinung, einen Versuch diesbezüglich zu starten.

Herr Hesse erwähnte, zur nächsten Klausurtagung wird Herr Schäfer, zu einem solchen Programm für die Verwaltung informieren.

3. Verkauf Grundstück an der Verwaltung

Er schlug vor, ein Stück vom Parkplatz der GSG zu erwerben, da das angrenzende Grundstück an Herrn Meyerhof verkauft wurde.

Herr Born sagte, es wurde eine Kaufanfrage an die GSG gesendet.

4. Haupteingang der Verwaltung

Herr Kampa brachte als Vorschlag, den Vordereingang der Verwaltung auf den Hintereingang als Haupteingang zu verlegen. An der Hinterseite des Gebäudes befinden sich die Rollstuhlrampe und der Fahrstuhlzugang. Der Vordereingang könnte zum Notausgang werden. Weitere Unfälle am Haupteingang, sollen durch die Verlegung vermieden werden.

➤ **Verantwortung: Bauverwaltung**

Um einen Entwurf zur Gestaltung des Haupteingangs, an der Hofseite wurde gebeten.

Herr Wakan

5. Absage zur Klausurtagung

Herr Wakan fehlte eine Absage zur Klausurtagung, Ende letzten Jahres.

Herr Born erklärte, dass keine Absage erfolgte, weil keine Einladung versendet wurde.

6. Gelbe Tonne

Zur Kreistagssitzung wurde beschlossen, ab 2026 die „Gelbe Tonne“ in den Haushalten einzuführen. Hierzu sollte geprüft werden, wo denn diese Tonnen aufzustellen sind.

Herr Jentsch

7. Zensus

Herr Jentsch interessierten die Zensuszahlen in der Verbandsgemeinde und wollte wissen, welche Auswirkungen diese auf die Einwohnerumlage haben.

➤ **Verantwortung: Finanzen**

Zur nächsten Bürgermeisterrunde der VBGR, soll der Sachverhalt erörtert werden.

Herr Ochsner sprach hierzu die Korrektur des Statistischen Landesamtes vom 06.12.24 an.

Herr Hesse

8. Anfrage Dartverein BLA

Kürzlich bekam die Verwaltung eine Anfrage vom Dartverein Blankenheim, ob dieser sich dann im sanierten Schulgebäude / Kita mit ansiedeln könnte.

Herr Jentsch

9. Sitzordnung VBGR

Er arbeitet jetzt schon ca. 2,5 Jahre im VBGR mit und schlug vor, eine neue Sitzordnung zu erstellen. Die Gemeinderäte sollten sich gegenübersitzen. Herr Born und die Mitarbeiter der Verwaltung müssten in einem anderen Bereich sitzen.

Einen Vorschlag zur Sitzordnung, wird der Vorsitzende vor der nächsten VBGR – Sitzung zuarbeiten.

Herr Ochsner

10. Umlage 2025

Herr Ochsner fragte an auf welcher Grundlage die Bescheide der Verbandsgemeindeumlage basieren.

Frau Drescher sagte, die Anfrage zu prüfen.

Nachträgliche Erläuterungen der Verwaltung zur Anfrage:

Hierzu wird auf den § 99 Abs. 4 KVG LSA verwiesen.

Die Verbandsgemeinde erhebt, soweit ihre sonstigen Erträge und Einzahlungen nicht ausreichen, von den Mitgliedsgemeinden nach den hierfür geltenden Vorschriften eine Umlage (Verbandsgemeindeumlage), um ihren erforderlichen Bedarf zu decken.

Weiter wird auf § 21 FAG LSA hingewiesen.

(1) Sind die Umlagesätze für das Haushaltsjahr noch nicht festgesetzt, gelten die zuletzt bekannt gemachten Umlagesätze weiter. Der Landkreis kann auf dieser Basis die Kreisumlage anhand der für das jeweilige Haushaltsjahr maßgebenden Umlagegrundlagen vorläufig erheben. Sobald die Umlagesätze in einer Haushaltssatzung bekannt gemacht worden sind, setzt der Landkreis die Kreisumlage endgültig fest. Bereits geleistete Teilbeträge sind zu verrechnen.

(2) Ist bis zum Ende eines Haushaltsjahres keine Haushaltssatzung bekannt gemacht worden, setzt der Landkreis die Kreisumlage anhand der zuletzt bekannt gemachten Umlagesätze endgültig fest. Bereits geleistete Teilbeträge sind zu verrechnen.

Zu diesem Thema sollte in einer Bürgermeisterrunde beraten werden.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde geschlossen.

zu 19 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Der **Vorsitzende** gab die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

Vergabe der Planungsleistung "Erstellung Mobilitätskonzept für die Verbandsgemeinde Mansfelder Grund - Helbra"

Vorlage: VBG/BV/042/2024

Beschluss wurde gefasst.

Befristete Einstellung

Bauverwaltung

Vorlage: VBG/BV/044/2024

Beschluss wurde gefasst.

Befristete Einstellung

SB Personal / Grundschulen

Vorlage: VBG/BV/045/2024

Beschluss wurde gefasst.

zu 20 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde um 21:20 Uhr durch den **Vorsitzenden** geschlossen.

Gerd Wyszowski
Vorsitzender

Sabine Rathmann
Protokollführer